

Missbrauch an Flüchtlingen

VON REINHARD ERÖS

Die westliche Politik versagt mit ihrer Asylpolitik auf ganzer Linie. Von „Asylmissbrauch“ sprechen auch in Bayern unüberlegt verantwortliche Politiker. Der Begriff „Missbrauch“ assoziiert in nicht wenigen Köpfen Straftaten wie „Kindesmissbrauch“ und setzt damit zumindest sprachlich Flüchtlinge mit „Verbrechern“ auf eine Stufe. Die Formulierung „Missbrauch“ ist also nicht nur verwerflich, sondern juristisch falsch, in der Sache unsinnig und politisch „brand“-gefährlich. Rechte Dumpfbacken fühlen sich ermuntert, den Kampf gegen „Missbrauch“ in eigene Hände zu nehmen und ihn mit Bierflasche in der Linken und Brandbeschleuniger in der Rechten umzusetzen.

Die an den EU-Südküsten Gestrandeten und die Millionen, die sich demnächst auf den Weg machen, lassen sich weder durch militärische Aktionen (Schleuserschiffe-Versenken) noch durch polizeiliche Maßnahmen (Schleuserfahndung) und schon gar nicht durch zivile „Kleinbrandstifter“ von Flucht und Asyl anträgen in einem Land mit „Willkommenskultur“ abhalten. Da haben sie zuvor im eigenen Land ganz andere Brandherde überlebt. Wie heißt es doch so traurig-schön bei den Bremer Stadtmusikanten: „Etwas Besseres als den Tod (zu Hause) finden wir überall“.

Die unmittelbaren Fluchtursachen liegen natürlich in den Fluchtländern selbst, dort aber häufig verursacht durch eine über Jahrzehnte verfehlte Politik des Westens. Erstaunlicherweise halten sich die dafür derzeitigen verantwortlichen Bundesminister dezent zurück oder schwadronieren in deutschen Erstaufnahmelagern vor Kameras über die Not der Flüchtlinge und die Hilfsbereitschaft unserer Zivilgesellschaft. Man lobt die Feuerwehr, statt Brände zu verhindern und Brandursachen zu bekämpfen.

→ weiter auf Seite 2



Wenn da meh hosch, als da
brauchsch, no bau d´r an längara
Disch ond koin hehera Zaun!

„Es ist genug für alle da“

VON REINHARDT SEIBERT

ein Nachmittag im Tübinger Tafelladen: Männer, Frauen und Kinder warten mit großen Tischen auf dem Hof. Sie stehen in Grüppchen zusammen, reden, gestikulieren, spielen. Viele sind mit dem Fahrrad gekommen, Mütter mit Kinderwagen, manche mit Stöcken oder Rollstuhl. Ein buntes Stimmen- und Sprachengewirr.

Drinne verschafft sich das Mitarbeiter-Team einen Überblick über die am Morgen angelieferten Lebensmittel: Obst und Gemüse, Molkereiprodukte, etwas Wurst und Backwaren vom Vortag. Es sieht gut aus. Es ist ge-

Die Tübinger Tafel ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Sie hat etwa 130 ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter Schüler, Studenten, Hausfrauen, Angestellte, freiberuflich Tätige, Rentnerinnen und Rentner. Ihr Jahres-Etat von ca. 60 000 Euro finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen der 30 Vereinsmitglieder, Zuschüssen und über die Gerichte zugewiesene Geldstrafen.

Näheres unter
→ www.tuebingertafel.de

nug für alle da: für alleinerziehende Mütter, Kleinrentner, Hartz-IV-Empfänger, Aufstocker – und seit Anfang des Jahres für immer mehr Flüchtlinge, inzwischen gut die Hälfte – mit steigender Tendenz.

Um 15.30 Uhr kommt die Mitarbeiterin mit den Losnummern, die die Reihenfolge bestimmen. Eine zweite sammelt die Kreisbonuskarten ein. Sie sind die Berechtigungsausweise zum Einkauf. Das Landratsamt klärt die Bedürftigkeit der Kunden. Das entlastet die Tafel. Flüchtlinge erhalten grundsätzlich die Karte. Aber wie sich mit ihnen verständigen? Über die Stadt haben sich Dolmetscher gemeldet. Die wichtigsten Einkaufsregeln gibt es jetzt in acht Sprachen schriftlich. Am meisten wird Arabisch gebraucht. Die, die einmal da waren, erklären die Regeln ihren Landsleuten: Man darf zweimal in der Woche kommen, bezahlt einen Euro pro Erwachsener. Kinder sind frei. An der Verkaufstheke bekommt man von dem, was vorhanden ist. Unbekanntes wird erklärt und zur Verarbeitung fremder Nahrungsmittel werden Tipps gegeben. Alle werden beraten und manchmal auch gebremst. Denn oft sind die Augen größer als der Magen. Alle sollen satt, aber möglichst auch nichts weggeworfen werden.

Die Tafel sagt: „Wir sehen es als unsere Aufgabe an, der Wegwerfgesellschaft entgegen zu wirken. Wir sammeln zur Vernichtung bestimmte Lebensmittel ein und geben diese an nachweislich bedürftige Menschen direkt weiter.“

An der Kasse bildet sich eine Schlange. Arabische Namen sind nicht leicht zu verstehen. Manchmal ist die Schreibweise verschieden. Die Frau hat einen anderen Nachnamen als der Mann. Dann an der Theke: Wie groß ist die Familie? Fünf, sieben, ein Clan hat gleich 21 Personen. Natürlich sollten höchstens zwei pro Familie kommen. Aber die kleinen Kinder müssen doch mit. Wenn sie zu schreien anfangen, nimmt ein Mitarbeiter-Opa das Baby auf den Arm. Das Vertrauen ist groß. Manchmal wird es auch laut. Warum bekomme ich nicht das, was meine Nachbarin hat? Das Team hinter der Theke bleibt freundlich und geduldig. Und wenn es etwas zu lachen gibt, steckt das an. Danke – Bitte: Die Flüchtlinge lernen es schnell. So entstehen zwischenmenschliche Brücken.

Die Losnummern sind eigentlich durch. Aber es kommen noch einmal neue Leute. Gut, dass das Team noch Vorrat im Kühlraum hat. Und Blu-

→ weiter auf Seite 2

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser!

Sie lesen die neue Ausgabe unserer OK-Zeitung „anstöße“. Ich hoffe, sie liegt Ihnen gut in der Hand! Das Format unserer Zeitung ist immer wieder Kritik ausgesetzt. Die meiste ist konstruktiv, andere weniger. So hat mich überrascht zu hören, man könne unsere Publikation nicht auf dem Fahrrad lesen. Das freut mich, leisten wir doch so einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit.

Entscheidend ist, und darüber sind sich auch die Kritiker einig, dass Sie mit den „anstößen“ eine Zeitung von Format in Händen halten. Von aktuellen politischen und religiösen Themen bis hin zur Kunst ist alles dabei.

Eines möchte ich herausgreifen. Menschen auf der Flucht, die bei uns ein Leben in Sicherheit suchen, beschäftigen die Nation. Manch einer kann es nicht mehr hören. Verständlich, aber keine Option. Das Thema steht erst am Anfang. Jahrhundertlang machten sich Europäer, vor allem junge Männer und Familien, nach Amerika oder Australien auf den Weg. Sie hatten das karge Leben ohne Zukunft in autoritär regierten Staaten satt. Heute haben wir, wovon viele träumen: eine funktionierende Demokratie mit gewähltem Parlament und unbestechlichen Organen. In der „Waiblinger Kreiszeitung“ war kürzlich von einem Weißwurstfrühstück zu lesen, bei dem sich der Bundestagsabgeordnete den Fragen besorgter Bürger stellte. Wer die Probleme seiner Zeit am Sonntagmorgen bei Weißwurst und Bier diskutieren kann, dessen Boot ist noch lange nicht am Kentern. Wir müssen uns darauf einstellen, künftig weniger zu haben. Dass dieser gesellschaftliche Wandel friedlich passiert, ist wahrscheinlich die größte Herausforderung, die wir gerade erst erahnen. Aber wenn es dann am Ende nur für Saitenwürste und Apfelschorle reicht, ist das nicht schlimm. Wir werden dafür interessante Gesprächspartner aus aller Welt mit am Tisch haben.

Ihr Jörg Boss



Oben: Flüchtlinge aus Serbien, Mazedonien und dem Kosovo wurden im Juni vom Asylkreis Sindelfingen begrüßt. Unten: Ehrenamtliche des Tübinger Tafelladens in Aktion.

→ Fortsetzung von Seite 1, links

Westliche Politiker aller Couleur haben mit Potentaten in Diktaturen – heute Flüchtländer genannt – freundschaftlich verkehrt und mit ihnen dicke Geschäfte gemacht. Wenn es dann plötzlich ins strategische Konzept passte, zog man gegen sie in den Krieg – zum Teil mit verlogenen (Irak, Syrien) Argumenten. Und wenn dann auch noch eine realistische Nachkriegsstrategie fehlte, war das Chaos vorprogrammiert und Massenflucht (Irak, Syrien) und Afghanistan) vorhersehbar.

Entwicklungshilfe – wie unter einem inzwischen zum Rüstungslobbyisten mutierten Minister – unter dem Motto „Arbeitsplätze bei uns“, die in erster Linie der eigenen Wirtschaft zu dienen hat, führt industriearme Länder, deren kleinbäuerliche Landwirtschaft die eigene Bevölkerung schon früher kaum versorgen konnte, direkt in den Abgrund und zwingt junge leistungswillige Menschen zur Flucht.

Viele Flüchtlinge kommen aus dem islamischen Krisenbogen zu uns. Diese Flüchtländer grenzen z. T. an unvorstellbar reiche, islamische Staaten. Vordemokratische Monarchien, diktatorisch regiert, sind sie gleichwohl engste Partner deutscher Unternehmen, die zur Geschäftsanbahnung die volle Unterstützung unserer Politiker haben. Gleichzeitig fördern diese Länder aggressiv islamistische Gruppen auch in Deutschland und unterstützen Kriege – ausgerüstet auch mit Waffen westlicher Rüstungsindustrie – in Nachbarländern, aus denen Menschen dann fliehen müssen, um als Kriegsflüchtlinge bei uns Aufnahme zu finden. Keines dieser Königshäuser – Ausnahme das



→ Fortsetzung von Seite 1, rechts

arme Jordanien –, deren mächtigstes sich auch noch „Wiege des Islam“ nennt, nimmt auch nur einen einzigen moslemischen „Bruder“ aus den Nachbarländern als Flüchtling bei sich auf. Zur „Grenzsicherung“ – offiziell Terroristenabwehr genannt – werden sie im Auftrag der Bundesregierung von Spezialisten der Bundespolizei beraten.

Deutschland lockt Flüchtlinge nicht mit „unangemessen hohem Taschengeld“ zu uns. Eine kurzsichtige, häufig kontraproduktive Außen- und Entwicklungspolitik ist es, die Millionen zur Flucht nötigt.

Reinhard Erös ist Gründer der Kinderhilfe Afghanistan, www.kinderhilfe-afghanistan.de

men. Schwer bepackt, aber zufrieden verlassen sie den Laden: Einheimische Arme und Flüchtlinge. Bis jetzt hat es noch keine Konflikte zwischen beiden gegeben. Es hat immer noch für alle gereicht. 117 Bedarfsgemeinschaften waren es heute, die für 326 Personen eingekauft haben. Um 18.30 Uhr, eine halbe Stunde später als geplant, hat es auch das Verkaufsteam geschafft. Sie sind müde, aber glücklich. Niemand ging leer aus. Das tut gut zu sehen. Und bestärkt sie im Gefühl: „Wir schaffen das!“

Reinhardt Seibert ist 2. Vorsitzender der Tübinger Tafel e.V.



Roma in der serbischen Stadt Bujanovac

PERSONALIEN

Am 27. September wurde Pfarrer JOACHIM SCHLECHT in der Stuttgarter Leonhardskirche in sein neues Amt als Asylpfarrer und landeskirchlicher Beauftragter für Asyl und Migration eingesetzt. In seiner Predigt kritisierte er Mängel im deutschen Asylrecht, zum Beispiel mutmaßliche „Wirtschaftsflüchtlinge“ aus den Balkanstaaten in einer Art Schnellverfahren abzufertigen. Das sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Der Mangel an Mitarbeitern in Behörden dürfe nicht dazu führen, „dass wir grundlegende Maßstäbe unseres Gemeinwesens scheinweise aufgeben“. Auch die „Rücküberstellung“ von Flüchtlingen in Länder des sogenannten Dublin-III-Abkommens (in denen sie zuerst europäischen Boden betreten haben) sieht Schlecht kritisch. Sie würden von dort aus auch in Unrechtsstaaten wie Eritrea abgeschoben. Zugleich verwahrte sich der Asylpfarrer gegen Vorwürfe, Flüchtlingsfreunde würden die Probleme, die der Zuzug von vielen Flüchtlingen mit sich bringe, nicht sehen wollen. „Bei allem Realismus: mich zieht es dorthin, wo an der Hoffnung festgehalten wird“.

Den musikalischen Rahmen des Investitur-Gottesdienstes gestalteten neben Roland Eckert an der Orgel Bamba Gueye (Bongo) und Kandara Diabaté (Kora und Gesang) aus dem Senegal.

Schlecht ist 53 Jahre alt und folgt im Amt auf Werner Baumgarten. Zu den Aufgaben des Asylpfarrers gehören Beratung und Seelsorge für Asylsuchende aus aller Welt. Zudem ist er Netzwerker und Moderator zwischen den verschiedenen ehrenamtlichen Freundeskreisen der Landeskirche, der Diakonie und staatlichen Stellen. Eine weitere Aufgabe ist die Zusammenarbeit mit den Beauftragten für Flüchtlinge und Migranten in den württembergischen Kirchenbezirken.



Wenn die Entscheider von Asylanträgen über die Herkunftsländer gut Bescheid wüssten, müssten sie erkennen, ob jemand wegen des Taschengelds oder der lebensbedrohenden Ausgrenzung seine Heimat verlässt.

Flucht-Ursachen

VON RENATE LÜCK

dieses Jahr kommen Flüchtlinge, als ob jemand auf einen Knopf gedrückt hätte. „Wir können nicht alle aufnehmen“, wird angesichts der Unterbringungsschwierigkeiten gesagt. Dieser Satz treibt mich trotzdem an die Decke. Es kommen ja gar nicht alle zu uns. Die meisten Menschen, die aus Kriegen und Unterdrückung fliehen, schaffen es gerade bis in die Nachbarländer, wo sie vom UNHCR, dem Lutherischen Weltbund (den die württembergische Landeskirche unterstützt) und anderen Hilfsorganisationen mit dem Nötigsten versorgt werden. Selbst die Flüchtlinge, die sich nach Europa aufmachen, wollen oft nach England, Frankreich oder Schweden. Aber selbst wenn sie dort Verwandte haben, dürfen sie wegen des Dublin-Abkommens nicht dahin.

Schon vor zwanzig Jahren wurde gesagt, dass die Fluchtursachen beseitigt werden müssten. Welche Staaten sind inzwischen so stabilisiert worden, dass die Menschen keinen Grund mehr hätten, ihre Heimat zu verlassen? Auf dem Bremer Kirchentag 2009 klagten afrikanische Fischer, dass sie durch die Hochseeschlepper arbeitslos werden und ihre Söhne keine Zukunft mehr sehen. Die blieben dann als Wirtschaftsflüchtlinge am Zaun von Ceuta hängen. Im Jemen beschließen die Saudis und Katarer die Menschen mit deutschen Waffen und in der Türkei versucht Erdogan, seine Macht zu behaupten, indem er wieder Kurden bombardiert. Wie lange wird es dauern, bis sie als Flüchtlinge hier ankommen? Vom Krieg in Irak und in

Syrien ganz zu schweigen, in dem der Westen zuschaut, wie eine ganze Kultur zerstört wird.

Inzwischen wird das Chaos immer größer. Die griechischen Inseln sind völlig überfordert. Also werden Kriterien festgelegt, wen man sofort zurückschicken kann: Roma aus den Westbalkan-Ländern, weil dies sichere Herkunftsländer seien. Roma wurden als Volksgruppe, soweit ich weiß, noch nie anerkannt (von wegen Einzelfallprüfung!), auch als sie aus dem Bürgerkrieg in Jugoslawien flohen. Und auch, wenn sie krank waren und nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht hätten zurückgeschickt werden dürfen.

Bürgerkriegsflüchtlinge fielen sowie so nicht in die Kategorie der politisch Verfolgten mit der Begründung, dass es in ihren Staaten keine funktionierende Regierung gebe, die sie hätte verfolgen können. Das ist nun bei Syriern und Irakern anders. (Hat unsere Regierung ein schlechtes Gewissen wegen der Waffenexporte in diese Region?) Bei den Balkanländer schaut man lieber nicht so genau hin. Dass Roma dort Menschen zweiter oder dritter Klasse sind, will bei uns niemand so genau wissen. Eine Gruppe der „Anstifter“ reist gerade durch den Balkan und besucht abgeschobene Familien in Mazedonien und Serbien, die oft viele Jahre in Deutschland gelebt hatten, deren Kinder in Deutschland zur Welt gekommen sind und in der Schule gut integriert waren. In ihren Heimatländern dagegen leben sie zum Teil in Zelten oder Bruchbu-

den. Die Männer bekommen keine Arbeit, die Familien nur minimale Sozialleistungen. Und sie haben Angst vor dem Winter, wenn es im Gebirge minus 20 Grad kalt ist. Für diese Menschen sind wir mitverantwortlich. Denn unsere Politiker könnten sehr wohl etwas für sie tun. Wenn sie diese Staaten schon zu sicheren Ländern erklären, könnten sie den Regierungen, die schon in der EU sind oder hinein wollen, auf die Füße treten, damit sie ihre Minderheitenbevölkerung anständig behandeln.

Doch es sind private Initiativen, die den Menschen helfen. Die Mitarbeiterinnen des Vereins Pharos mit Sitz in Stuttgart und Sarajevo zum Beispiel gehen mit staatenlosen – „unsichtbaren“ – Menschen zur Behörde, damit sie ins Geburtenregister eingetragen werden und Ausweispapiere sowie Zugang zu Sozialleistungen erhalten. Ohne diese Dokumente dürften auch ihre Kinder nicht zur Schule. Bei landwirtschaftlichen Projekten, die ganzen Dörfern Verdienstmöglichkeiten bringen, wird der Verein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Baden-Württemberg-Stiftung unterstützt. In Mazedonien bildet eine private Nähwerkstatt Frauen aus, damit sie nicht auf den Strich gehen müssen.

ERINNERUNGSMARKEN

Vor 80 Jahren wurden die sogenannten „Nürnberger Rassegesetze“ eingeführt

Das „Blutschutzgesetz“ untersagt Eheschließungen zwischen Deutschen und Juden und bedroht außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen ihnen mit Gefängnis oder Zuchthaus.

Schon zwei Jahre zuvor hatte das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bestimmt, dass alle Beamten den Arier-Nachweis erbringen mussten. Ob der Arierparagraf auch in der Kirche gelten sollte, war umstritten. Die „Deutschen Christen“ versetzten in ihrem „Herrschaftsbereich“ Pfarrer mit jüdischen Wurzeln in den Ruhestand. Die württembergische Landeskirche folgte dem nicht. Aber wer in Tübingen Theologie studieren wollte, brauchte den Arier-Nachweis. Manche Absolventen wurden nicht in den staatlichen Pfarrdienst übernommen, denn die „Nichtarier“ durften in den staatlichen Schulen keinen Religionsunterricht erteilen. Der Oberkirchenrat sorgte aber dafür, dass etliche der Betroffenen Arbeitsstellen in anderen Bereichen bekamen.

Landesbischof Theophil Wurm stellte 1937 fest: „Unsere evangelische Kirche ist jüdenreiner als irgendeine andere Organisation“, doch ab 1942 übernahm die Landeskirche Pfarrer mit jüdischen Wurzeln aus einer anderen Landeskirche in den württembergischen Pfarrdienst. Die „Bekennende Kirche“ verhielt sich insgesamt sehr zurückhaltend. Martin Niemöller war der Meinung „dass wir von den Amtsträgern jüdischer Abstammung heute um der herrschenden ‚Schwachheit‘ willen erwarten dürfen, dass sie sich die gebotene Zurückhaltung auferlegen, damit kein Ärgernis gegeben wird.“ Dagegen forderte Dietrich Bonhoeffer alle Pfarrer auf, ihre Ämter niederzulegen, sollte in ihrer Kirche der Arierparagraf eingeführt werden. Eberhard Röhm und Hartmut Ludwig haben in Zusammenarbeit mit Jörg Thierfelder ein Gedenkbuch zusammengetragen.

» Weitere Informationen: www.evangelischer-widerstand.de

Vor 70 Jahren wird die EKD gegründet

Im Sommer 1945 lag Deutschland in Trümmern. Die Kirchen des deutschen Protestantismus suchten nach einem Neuanfang. Das war schwierig: Es gab die radikalen Naziprotestan-



Gründungsväter der EKD: Theophil Wurm und Martin Niemöller

ten, die gemäßigeren Deutschen Christen, die verschiedenen Gruppierungen der neutralen Mitte, die lutherischen Bekenntnischristen und die entschiedenen Dahlemiten. Der württembergische Landesbischof Theophil Wurm hatte seit Ende 1941 versucht, die zersplitterte evangelische Kirche zu einen. Nun – Ende August 1945 – lud Wurm Repräsentanten der Kirche, u. a. Landesbischof Meiser, Pastor von Bodelschwingh, Präses D. Koch und Martin Niemöller, zu einer Konferenz nach Treysa ein. Niemöller lehnte zunächst ab mit dem Hinweis, dass auch Leute dabei seien, die die Kirchenpolitik der Nazis unterstützt hätten, z. B. Eugen Gerstenmaier. Die Spaltung der Kirche stand bevor! Dann kam es trotz aller Gegensätze im August 1945 zum „Wunder von Treysa“: Es entstand ein Kirchenbund aus 28 Landeskirchen (lutherisch, reformiert und uniert) mit 40 Millionen Mitgliedern. Für theologische Fragen, wie Bekenntnis, Verkündigung und Gottesdienstordnung, blieben die Landeskirchen und konfessionellen Zusammenschlüsse zuständig.

Der Ende August 1945 von 120 Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche gewählte zwölköpfige Rat der EKD spiegelte das ganze Spektrum des pluralen Protestantismus. Die Aufgabe der EKD lag vor allem darin, gesamtkirchliche Aufgaben gegenüber Politik und Gesellschaft wahrzunehmen. Das hat sie im Laufe der Jahrzehnte in unterschiedlicher und oft umstrittener Weise getan:

- mit dem – vorsichtigen – Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 und dem mutigeren „Darmstädter Wort“ von 1947
- mit der Stellungnahme der EKD-Synode zur Frage der atomaren Bewaffnung: Die unterschiedlichen Positionen zu diesem Problem hätten nicht überbrückt werden können, aber man

wolle „unter dem Evangelium“ zusammenbleiben („Ohnmachtsformel“)

- mit der „Ostdenkschrift“ (s. u.)
- beim Friedenthema der 1980er-Jahre: Der gesellschaftliche Protest in der Nachrüstungsdebatte war deutlich vom deutschen Protestantismus getragen und die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen erklärte 1983 „die Herstellung, die Verbreitung und der Einsatz von Kernwaffen“ zum „Verbrechen gegen die Menschheit“.

Nach der kirchlichen Wiedervereinigung 1990/91 umfasste die EKD 24 Landeskirchen mit 29 Millionen evangelischen Christen. Nach mehreren Fusionen gehören heute 20 Landeskirchen mit 22,5 Millionen Mitgliedern zur EKD.

Prof. Dr. Günther van Norden in „Evangelische Aspekte“ 9/2015: „Die Kirche ist auf dem Rückzug, die kirchlichen Traditionen entgleiten allmählich, die Theologien schwächeln. Trotzdem ist der Protestantismus als kulturschaffende Größe höchst lebendig, die Kirche von erstaunlicher Kraft. ... Die Kirche sollte mehr Mut zu ... Zwischenrufen haben – Martin Niemöller und Karl Barth haben auch nicht gewartet, bis alle ihnen zustimmten, im Gegenteil.“ (eb)

Vor 70 Jahren: Stuttgarter Schuldbekenntnis

„Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren

Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Unterzeichner der Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945 waren u. a. Martin Niemöller, Otto Dibelius, Theophil Wurm und Gustav Heinemann. Der gesamte Wortlaut ist im Ev. Gesangbuch auf S. 1510 f. abgedruckt.

Für die Entstehung des Dokuments sind Kontakte zwischen dem entstehenden Ökumenischen Rat der Kirchen und der Bekennenden Kirche von entscheidender Bedeutung. Vertreter des ÖRK nahmen an der zweiten Sitzung des Rates im Oktober 1945 im bombenzerstörten Stuttgart teil. „Wir sind gekommen, um Euch zu bitten, dass Ihr uns helft, Euch zu helfen.“ Bei den Gesprächen ging es vor allem um die Schuldfrage. Unter dieser Prämisse diskutierte der Rat am Abend des 18. 10. einen Textentwurf von Otto Dibelius und beschloss das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“. Erst mehrere Tage später wurde es in der Öffentlichkeit bekannt und löste im Ausland positive, in Deutschland sehr zwiespältige Reaktionen aus von vorsichtiger Zustimmung bis zu strikter Ablehnung. Auch wenn in der „Wir“-Form gesprochen wurde, gab es keine konkreteren Aussagen zum Versagen der Kirche, zum regimetreuen Verhalten der Deutschen Christen, dem Schweigen zur Judenverfolgung oder zur Vernichtung „Lebensunwerten“ Lebens. Pierre Maury, ein ÖRK-Vertreter aus Frankreich, reagierte nach dem Verlesen bewegt: „Es kann Ihnen nicht leicht gefallen sein, dieses Wort zu sprechen. ... Wir alle haben eine gemeinsame Folge hatte bis in die politische Sphäre hinein. Vor allem für das deutsch-polnische Verhältnis ist dies festzustellen. Hier kann man in der Tat von einem „gelungenen Versöhnungsprozess“ sprechen.“ (eb)

Zusammen mit dem Brief der katholischen Bischöfe Polens vom November 1965, in dem das polnische Episkopat Vergebung für deutsche Schuld aussprach und um Vergebung für polnische Schuld bat, förderte die Ostdenkschrift eine Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte: „Wenn wir heute, 50 Jahre nach diesem Ereignis, auf seine Wirkungen und Folgen zurückblicken, so ist festzuhalten, dass der Impuls zur Versöhnung wirksam geworden ist und seine heilsamen Folgen hatte bis in die politische Sphäre hinein. Vor allem für das deutsch-polnische Verhältnis ist dies festzustellen. Hier kann man in der Tat von einem „gelungenen Versöhnungsprozess“ sprechen.“ (eb)

50 Jahre Ostdenkschrift

1961 initiierte Carl Friedrich von Weizsäcker ein Manifest, in dem er sich mit anderen evangelischen Wissenschaftlern und Prominenten gegen atomare Aufrüstung und für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aussprach. Das „Tübinger Memorandum“ gilt als Vorläufer der sogenannten „Ostdenkschrift – Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Das Dokument der EKD wollte zur Überwindung der „politischen Sprachlosigkeit“ beitragen, erklärte Richard von Weizsäcker, als Mitglied der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung einer der Verfasser.

Die EKD beklagt zwar das Unrecht gegenüber den deutschen Vertriebenen, anerkennt aber das Heimatrecht der polnischen Bevölkerung in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie. Von Vertriebenenverbänden und konservativen Kreisen in Gesellschaft, Politik und Kirche gab es Prügel: Der Kirche wurde Anmaßung, Verrat und Verzicht vorgeworfen. Bis heute gibt es im Internet solche Stimmen: „Deutschland, insbesondere der deutsche Osten, wird von überheblichen, selbstgefälligen Politikern, welche sich in die Geschichtsbücher mogeln wollen, verraten. Das Wiedervereinigungsgebot wird aus dem Grundgesetz eliminiert. Dennoch gilt: Ostpreußen (Schlesien, Pommern usw.) ist und bleibt ein Teil Deutschlands!“ (s. www.der-deutsche-osten.de)

Zusammen mit dem Brief der katholischen Bischöfe Polens vom November 1965, in dem das polnische Episkopat Vergebung für deutsche Schuld aussprach und um Vergebung für polnische Schuld bat, förderte die Ostdenkschrift eine Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte: „Wenn wir heute, 50 Jahre nach diesem Ereignis, auf seine Wirkungen und Folgen zurückblicken, so ist festzuhalten, dass der Impuls zur Versöhnung wirksam geworden ist und seine heilsamen Folgen hatte bis in die politische Sphäre hinein. Vor allem für das deutsch-polnische Verhältnis ist dies festzustellen. Hier kann man in der Tat von einem „gelungenen Versöhnungsprozess“ sprechen.“ (eb)

100. Geburtstag von Heinz Zahrnt

Am 30. Mai des zu Ende gehenden Jahres wäre der Theologe Heinz Zahrnt („Die Sache mit Gott“) 100 Jahre alt geworden. Er starb am 1. 11. 2003 im Alter von 88 Jahren. Durch seine Vorträge, Bibelarbeiten und Bücher hat er vielen zu einem neuen, tieferen Verständnis biblischer Texte verholfen. » Eine ausführliche Würdigung Zahrnts von Ulrich Immendorfer finden Sie hier: www.offene-kirche.de (ui)

LITERATUR

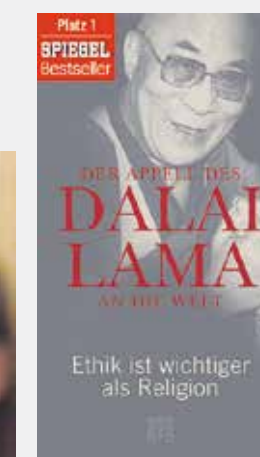
Ethik ist wichtiger als Religion

Stellen Sie sich vor, der EKD-Vorsitzende Heinrich Bedford-Strohm oder gar der Papst sagte: „Ich denke an manchen Tagen, dass es besser wäre, wenn wir gar keine Religion mehr hätten. Alle Religionen und alle Heiligen Schriften bergen ein Gewaltpotenzial in sich.“ Der Dalai Lama sagte es und schloss daraus: „Wir brauchen eine säkulare Ethik jenseits aller Religionen.“

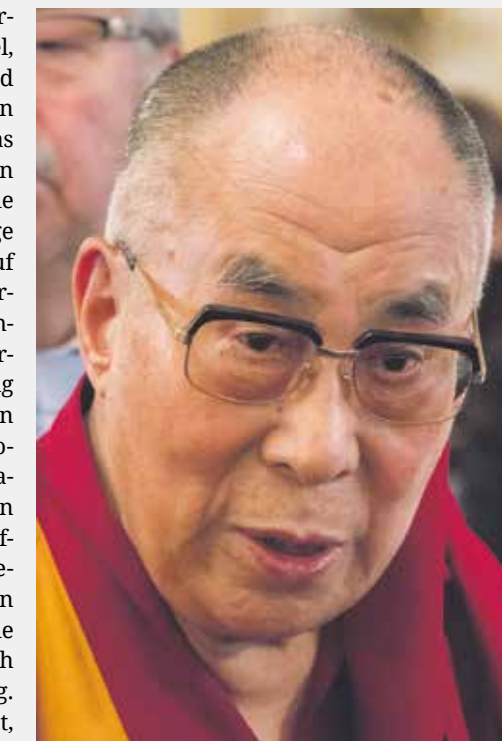
Franz Alt, der den tibetischen Religionsführer seit 33 Jahren kennt, hat ihn anlässlich seines 80. Geburtstags interviewt und war erstaunt über das Fazit der jahrelangen Überlegungen und Erfahrungen des Friedensnobelpreisträgers, der meint, dass Ethikunterricht in den Schulen wichtiger sei als Religionsunterricht. All die Kriege, der fundamentalistische Terror, die Umweltzerstörungen, der Klimawandel, die globale Finanzkrise und der Hunger in der Welt seien nur durch Mitgefühl und das Bewusstsein des Gemeinsamen zu lösen. Schließlich kämen die Menschen nicht als Angehörige einer bestimmten Religion auf die Welt. Doch Güte und Fürsorge sei ihnen angeboren. Kinder sollten Moral und Ethik lernen, damit sie Verantwortung übernehmen können für den Frieden in der Welt. Gewaltlosigkeit erfordere Bildung, Dialog und viel Geduld, damit man den Anderen versteht. Mit Waffengewalt seien keine Probleme zu lösen. Vorbilder seien ihm Mahatma Ghandi und die Feindesliebe Jesu. Da ist er nie am Weltethos von Hans Küng. Der Dalai Lama versteht nicht, dass Deutschland und Frank-

reich zu den größten Waffenlieferanten gehören, denn ohne Waffen gäbe es keine Kriege. Das letzte Jahrhundert sei eine Zeit der Gewalt gewesen. Die Nachfahren müssten das 21. Jahrhundert nun zu einem des Dialogs machen, um die Probleme zu lösen. Selbst für Tibet hofft er, dass die Unterdrückung der Menschen und die Umweltzerstörung im Himalaja ein Ende nehmen werden. Wenn ihm vorgehalten wird, das sei wie der Kampf Davids gegen Goliath, antwortet er: „Der Ausgang ist doch bekannt.“

Renate Lück



» **Der Appell des Dalai Lama an die Welt: Ethik ist wichtiger als Religion, ISBN 978-3-7109-0000-6, Verlag Benevento**



LESERBRIEFE

Zu „Stationen zur Hölle“, Ausgabe 2/2015

In der von mir abonnierten Zeitschrift lese ich, dass es keine Straße zum Gedenken an Hermann Schlotterbeck gäbe. Das ist nicht richtig. In Stuttgart-Untertürkheim (wozu auch Luginsland gehört) gibt es – seit langem – eine Schlotterbeckstraße (samt U-Bahn-Haltestelle gleichen Namens). Und man weiß, warum sie so heißt. Zumindest: viele wissen es. Ich verdanke im Übrigen der OK-Zeitschrift viele und wichtige Informationen.

Dietrich Köbler, Stuttgart-Hedelgingen

Anmerkung der Redaktion: Es ging in dem Artikel um Welzheim.

Zu „Dürfen homosexuelle Pfarrerepaare ins Pfarrhaus ...“, Ausgabe 2/2015

Sie schreiben von „Orientierung an Werten“, erwähnen aber nicht die Bibel! Die Lebensform, in der eine Pfarrerin bzw. ein Pfarrer leben will, muss sich doch in erster Linie an der Bibel und der Schöpfungsordnung Gottes orientieren! Und diese lautet: „Gott schuf sie als Mann und Frau!“ Zur Homosexualität siehe 3. Mose 22,18; 1. Röm. 1, 26 + 27; 1. Kor. 6, 9-10 (Hfa-Übersetzung!); 1. Tim. 1, 9-10, welche alle die Homosexualität als Sünde verbieten! Gegen eine Heirat mit einem Moslem kann nichts eingewandt werden, weil die Moslems auch eine abrahamitische Religion sind und an den einen Gott glauben, den diese „Allah“, wir Christen aber „Jahweh“ nennen. Allah und Jahweh ist ein und derselbe!

Norbert Chmelar, Schorndorf

NACHRUF



Am 4. August 2015 verstarb ganz überraschend **Dekan i. R. Eberhard Dieterich** im Alter von 76 Jahren. Seit seinem Ruhestand 2004 lebte er in Heidenheim. Seine Stimme für eine gerechtere Welt angesichts einer globalen Wirtschaft wird fehlen, ebenso seine anschaulichen Predigten.

Dieterich wurde 1938 in Maienfels geboren und wuchs in einem württembergischen Pfarrhaus auf. Stationen seines beruflichen Weges waren das Gemeindepfarramt in Tuttingen und ab 1974 das Landespfarramt für Kindergottesdienst. In dieser Zeit prägte er Generationen von Kinderkirchmitarbeitenden und brachte ihnen gleichermaßen Ehrfurcht vor den Texten wie auch erzählerische Methoden mit Gegenwartsbezug bei. Von 1991 bis 2003 war Eberhard Dieterich Dekan in Calw. Er trat für eine Kirche ein, die sich in die Gesellschaft hinein öffnet. Sein Augenmerk galt stets den Benachteiligten und Minderheiten. Mit dem „Wort zum Samstag“ in der Tageszeitung gelang öffentliche Präsenz. Der von ihm initiierte „Calwer Beitrag“, ein freiwilliges Spendenmodell zur Finanzierung von Projekten vor Ort, war so erfolgreich, dass er heute als freiwilliger Gemeindebeitrag flächendeckend in der Landeskirche etabliert ist.

Aus seiner kirchenpolitischen Einstellung machte Dieterich kein Hehl und kandidierte bei der Wahl zur 13. Landessynode 2001 im Wahlkreis Nagold-Calw-Neuenbürg für die OFFENE KIRCHE. Auch im Ruhestand organisierte er die Wahlen 2007 und 2013 mit, bot immer noch Fortbildungen für Kinderkirchmitarbeitende an und stellte immer wieder kritische Fragen zu kirchlich-gesellschaftlichen Themen. Mit seinem Tod verliert die OFFENE KIRCHE einen originellen Denker, bei dem der Glaube stets den Menschen zugewandt war und die Herausforderungen der Zeit annahm.

Iris Carina Kettinger,
Pfarrerin in Heidenheim

HERBERGE DER HUMANITÄT

Die Weihnachtsgeschichte des Lukas

VON ULRICH IMMENDÖRFER
NACH GEDANKEN VON EUGEN DREWERMANN

Die Botschaft scheint einfach und klar, doch sie bedeutet den Umsturz von allem! Die Weihnachtsgeschichte ist wie ein warmer Wind, der die Gletscher zum Schmelzen bringt und das Eis von Äonen als Tränen zerrinnen lässt.

Eugen Drewermann fragt: Will die Weihnachtsgeschichte des Lukas ein historisches Ereignis bekannt machen – das wie eine Zeitungsmeldung nach der Lektüre weggelegt wird? oder will uns Lukas verdeutlichen, was dieser Jesus für Menschen bedeutet, die mit ihm in Berührung kommen? – Für ein solches innerliches Erleben ist die Form des historischen Berichts ungeeignet.

Drewermanns Antwort: Ein Mythos – frei in Blick auf die Historie und stark im Ausdruck für das emotionale Erleben – wenn man ihn symbolisch versteht.

Vom jüdischen Geschichtsschreiber Flavius Josephus ist zu lernen, dass die von Augustus veranlasste Steuerveranlagung in Judäa erst im Jahre 6 n. Chr. durchgeführt wurde. Zu dieser Zeit war Jesus vermutlich schon 12 Jahre alt (geboren im Jahre 7 oder 6 vor unserer Zeitrechnung). Davon weiß Lukas nichts oder diese historische Ungenauigkeit stört ihn nicht. Offenbar hat der Evangelist etwas ganz anderes im Sinne, als historische Exaktheit: Es geht ihm um eine neue Deutung der menschlichen Geschichte: Mit der Geburt Jesu hat eine neue Weltordnung begonnen.

Verkündigung an die Hirten,
H. G. v. Stockhausen,
St.Galluskirche Welzheim

Augustus galt der damaligen Zeit als der Friedensfürst schlechthin. Ihm wird Christus, dieser Friedensfürst ganz anderer Art, gegenübergestellt: Friede soll nicht sein aufgrund der besten Waffen und der zahlreichen Legionen – Friede soll sein in Armut und kindlicher Wehrlosigkeit.

Lukas spannt mit der Nennung des Kaisers den Bogen über die ganze damals bekannte Welt. Mit der Ankunft Jesu in der Davidstadt Bethlehem ändert sich für die ganze Welt und für die menschliche Geschichte alles. Seither gilt es zu wählen, woran man wirklich glaubt: an den Messias aus Israel oder an den römischen Kaiser, an den „Sohn Gottes“ der hebräischen Propheten oder an den vergöttlichten Amtsträger auf dem Cäsarenthron, an die Macht der Güte zur Befriedung der Welt oder an die Ge-

walt der Waffen zum „Siegfrieden“ auf den Schlachtfeldern: Entweder – Oder, ein für allemal.

Drewermann: Es genügt, eine Wohnstatt des Wohlwollens einzurichten, und in Scharen werden an ihr die Wehmütigen, die Wahrheitsuchenden, die Widerspenstigen aus Not und Elend sich sammeln als an einem Ort des Verstandenwerdens, des Seindürfens, der Daseinsberechtigung.

Wo tut sich eine solche „Herberge“ der Humanität auf für die Ankunft des „Christus“?

(Sehr viel ausführlicher erklärt E. Drewermann die Weihnachtsgeschichte in seinem Kommentar zum Lukas-Evangelium Band 1)



ERINNERUNGSMARKE

Paul Tillich: Denker auf der Grenze

VON WOLFGANG WAGNER

Vor 125 Jahren wurde der evangelische Theologe Paul Tillich geboren. Er schlug Brücken zwischen den USA und Europa, Theologie und Philosophie, Kirche und Gesellschaft, Katholiken und Protestanten sowie Religion und Kunst. Als er am 22. Oktober 1965 in Chicago starb, war Tillich in Amerika so berühmt, dass die Nachrichtenagentur UPI eine Sendung unterbrach, um seinen Tod zu melden.

Kultur und Religion

Tillich, am 20. August 1886 in Starzeddel im heutigen Polen geboren, wuchs in einem gut lutherischen Pfarrhaus auf. Er bemerkt in seinen Erinnerungen: „Als ich zur Universität kam, kannte ich die Geschichte der Philosophie gut und Kant und Fichte gründlich. Es folgte das Studium von Schleiermacher, Hegel und vor allem von Schelling.“ Ein Sommersemester (1905) verbringt er in Tübingen und führt als Vikar so genannte „Vernunft-Abende“ ein. Themen sind etwa „Mystik und Schuldbewusstsein“ oder „Kultur und Religion“. Letzteres wird sein Lebens-thema. Im ersten Weltkrieg geht er als Militärseelsorger an die vorderste Front und wird mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Aber die Erfahrung des Krieges zerschlägt ihm vollends das überkommene bürgerliche Christentum. Tillich wird später Dozent und Professor in Berlin, Marburg, Dresden und Ordinarius für Philosophie und Soziologie in Frankfurt.

Unverbrauchte Sprache

Ständig bemüht er sich um eine Sprache für die Kirche entfremdeten Zeitgenossen. Immer wieder findet er unverbrauchte Begriffe,

sagt „Seinsverfehlung“ statt „Sünde“, „Neues Sein“ statt Christus, „Mut zum Sein“ statt Glaube, Gott als Name „für das, was uns unbedingt angeht“, statt Rechtfertigungslehre „protestantisches Prinzip“. So findet er Zuspruch bei Künstlern und Intellektuellen, die sich längst von der Kirche verabschiedet haben. Diese hat insbesondere seine Stellungnahme für den Sozialismus übel genommen. Dabei ist Tillich kirchenpolitisch gar nicht einseitig. 1925 beteiligt er sich an der Abfassung des „Berneuchener Buches“, in dem vor allem durch eine neue Spiritualität die Erneuerung der evangelischen Kirche gesucht wird. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass 1962 der Berliner Bischof Otto Dibelius in einer Laudatio bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Paul Tillich als dessen besonderes Verdienst rühmt, den Begriff des Symbols in die evangelische Theologie eingeführt zu haben.

Als deutscher Emigrant in die USA

Tillich blieb in Deutschland immer ein Außenseiter. In Frankfurt bemüht er sich, der aufkommenden nationalsozialistischen Barbarei zu widerstehen und einer freien gerechten Gesellschaft den Weg zu bereiten. Er wird Mitglied der SPD. Sein Beitrag zum Sozialismus besteht im reflektierenden Nachdenken und der kritischen Analyse. Tillich hätte in Deutschland bleiben können, wenn er seine sozialistische Entscheidung widerrufen hätte. Der Minister bietet ihm sogar den ersten theologischen Lehrstuhl an der Berliner Universität an. Doch Tillich lacht ihm ins Gesicht und sagt: „Sonst noch etwas?“ Damit ist er 1933 entlassen und ohne Zukunfts-



chancen. Sechs Monate später nimmt er ein Angebot vom Union Theological Seminary in New York an. Nach Deutschland kommt er nur noch zu Besuch.

Bibel nicht wörtlich nehmen, sondern beim Wort

In einem Brief an Martin Niemöller vom 27.12.1948 äußert sich Tillich über wachsenden Fundamentalismus in deutschen Kirchen. Im Vortrag an der Kirchl. Hochschule Berlin-Zehlendorf habe er Unmutsäußerungen ausgelöst, als er vom poetischen Charakter der Weihnachts- und Ostergeschichte spricht, „Dinge, die für meine Generation so selbstverständlich waren wie der mythisch-symbolische Charakter der Paradiesgeschichten. Für mich ist dieser Punkt so entscheidend, weil es sich hier um die Frage der wissenschaftlichen Ehrlichkeit handelt, die es ablehnen muss, aus dogmatischen Gründen kritische Möglichkeiten der geschichtlichen Forschung auszuschalten. Die Unterdrückung des methodischen Fragens führt notwendig zu Fanatismus; und Spuren dieses Fanatismus unterdrückter Fragen habe ich an manchen Stellen gefunden.“

„Der Fundamentalismus versagt vor den Kontakten der Gegenwart, und zwar nicht deshalb, weil er der zeitlosen Wahrheit, sondern weil er der gestrigen Wahrheit verhaftet ist. Er macht etwas Zeitbedingtes und Vorübergehendes zu etwas Zeitlosem und ewig Gültigem. Er hat in dieser Hinsicht dämonische Züge. Denn er verletzt die Ehrlichkeit des Suchens nach der Wahrheit, ruft bei seinen denkenden Bekennern eine Bewusstseins- und Gewissensspaltung hervor und macht sie zu Fanatikern, weil sie dauernd Elemente der Wahrheit unterdrücken müssen, deren sie sich dunkel bewusst sind.“ (Paul Tillich: Systematische Theologie, Band I, Stuttgart, 3. Auflage 1956, S. 9. f.)
Gekürzt nach Meilenstein in Ausgabe 1/2006 von Renate Lück

LITERATUR

Christlich-jüdischer Wettlauf nach Jerusalem

Der Nahostkonflikt sei ein Problem, das nicht gelöst werden könne, sagte einst Wolf Biermann bei einem Auftritt. Wer sich mit den Hintergründen beschäftigen möchte, findet in Ulrich Kadelbachs Buch viel Erhellendes über die Ursprünge christlicher und jüdischer Sehnsucht nach dem „Gelobten Land“ und die religiösen Aspekte des Aufbruchs. Überraschend ist, wie auch in pietistischen Kreisen Palästina als Ort der Hoffnung gepriesen wurde. In ausführlichen Zitaten kommen Originalstimmen des 19. Jahrhunderts zu Wort. So öffnet sich ein Einblick in die Denk- und Gefühlswelt der Missionare, Publizisten etc.

Etwas mehr interpretierende Stellungnahme des Autors hätte diesen Passagen gut getan. Dasselbe gilt auch für die einheimische, arabischstämmige Bevölkerung Palästinas. In den Quellen findet sie keine Erwähnung. Im Hinblick auf die politische Situation heute leidet der Rezensent an der rein historischen Darstellung. Unter der Überschrift „Zusammenfassung“ nimmt der Autor Stellung. Vielleicht ist es sinnvoll, zuerst diesen Schluss zu lesen, bevor man sich in die emotionale Gemengelage der Quellen begibt. Jörg Boss

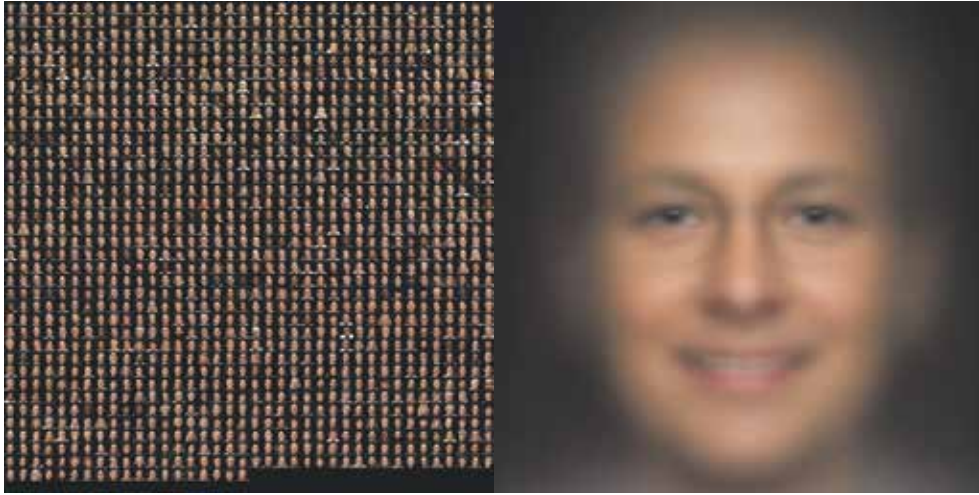
» Ulrich Kadelbach, Zionismus. Christlich-jüdischer Wettlauf nach Jerusalem Gerhardt Hess Verlag 2015



Offene Kirche Geschäftsstelle

Gabriele Schwarzingler
Ditzenbrunner Straße 71

71254 Ditzingen



ICH BIN WIR

VON EBERHARD BRAUN

mehrstetten – ein ländliches Dorf auf der Rauhen Alb. Eintausenddreihunderdünfzig Einwohner_innen, darunter seit einem Jahr *Wolf Nkole Helzle*, Medienkünstler. Sie seien dort hingezogen – er und seine Frau, die auch Künstlerin ist – weil's dort so ruhig ist und sie beste Voraussetzungen für ihre Arbeit hätten.

Eine Ausstellung im Kloster Marienberg hat mich auf seine Spur gebracht – besonders der *Homo universalis*: Seit 2008 hat Helzle dafür weltweit über 40.000 Menschen fotografisch porträtiert. Und dann nimmt er diese Bilder, z.B. hunderte Portraits von Menschen aus einer Region, und legt sie hauchdünn übereinander. Eine speziell entwickelte Software berechnet ihm dabei Schichtungen und Transparenzen: Jedes Einzelportrait kommt im Gesamtbild gleichberechtigt vor. *Ich bin wir – I am we* schreibt er dazu und darüber.

Und nun will er sich der Herausforderung stellen, die uns alle

betrifft: *Flüchtlinge – Neuankömmlinge in Europa, in Deutschland, in unseren Städten und Dörfern.*

Helzle sagt: „Die größte Reform, welche aktuell ansteht, ist jene der ICH BIN WIR-IDENTITÄT: Sich inmitten seiner vollsten Individualität als Teil der Weltgemeinschaft zu spüren, bedarf eines Entwicklungsschritts.“ ... Das ist ganz nahe bei jenem Appell des Dalai Lama: „Wir müssen jetzt lernen, dass die Menschheit eine einzige Familie ist. Wir alle sind physisch, mental und emotional Brüder und Schwestern.“

Helzles Projekt „greift die aktuelle Situation der Neuankömmlinge aus vieler Herren Länder auf und wie wir lernen, damit umzugehen. Wie können wir diese Personen als gleichwertige Menschen wahrnehmen? Als Geschöpfe Gottes? Wie können wir selbst unsere göttliche Natur neu erfahren durch den Kontakt mit Menschen anderer Herkunft, Sprache, Kultur und Religion?“

Sein Angebot:

Irgendwo in einer Gemeinde könnte eine Veranstaltung, ein Fest, eine Ausstellung stattfinden, zu der Menschen eingeladen sind – auch *Flüchtlinge, Neuankömmlinge im Ort*. Und dann wird es da eine Fotostation geben. In einer „*Haltung völliger Wertschätzung*“ will er Besucher fotografisch porträtieren. Das Foto wird ausgedruckt, signiert und dem Portraitierten überreicht. Es wird auf eine Tafel gedruckt, auf der 100 Portraits Platz finden. Zugleich wird mit dem ersten Foto ein Prozess angestoßen, das *Kollektivportrait* aller Besucher zu berechnen. Dieses Portrait wird per Projektion im Raum gezeigt und nach Abschluss der Aktion gedruckt. Das Ergebnis könnte in Gemeinderäumen, Kirchen, Weltläden, Schaufenstern zu sehen sein.

→ MITMACHEN:

Interessent_innen können sich melden: ebed.braun@t-online.de. Weitere Infos: <http://www.helzle.com>

IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE wird herausgegeben vom Vorstand der OFFENEN KIRCHE.

Vorsitzende: Erika Schlatter-Ernst
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:
Gabriele Schwarzinger, Ditzzenbrunner Str. 71,
71254 Ditzingen, Telefon 0 71 56-6 02 93 46,
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten:
OFFENE KIRCHE – Evang. Vereinigung in
Württemberg:
IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79,
BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm)
Dieses Konto ist für Mitgliedsbeiträge und
Spenden für die OFFENE KIRCHE; bitte geben
Sie jeweils den Verwendungszweck an.
AMOS-Preis-Konto:
IBAN: DE55 5206 0410 0003 6901 56,
BIC: GENODEF1EK (EKK Stuttgart)
Dieses Konto ist für Spenden eingerichtet worden
für den AMOS-Preis und für Stiftungen.

Redaktion:
Jörg Boss (V.i.S.d.P.), Renate Lück, Rainer Weitzel,
Eberhard Braun, Ulrich Immendörfer.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die
Meinung des/der Verfasser_in wieder und stellen
nicht unbedingt die Meinungen der Herausgeber_innen
oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,
71067 Sindelfingen, renate.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz: www.solutioncube.com
Druck: Druckzentrum Neckar-Alb

Versand:
Behindertenzentrum (BHZ),
Stuttgart-Fasanenhof

Erscheinungsweise:
Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE
erscheint nach Bedarf.

Bildnachweis:
Titel: Schwaben Freunde; S. 2 oben: Lück, Mitte:
Reinhardt Seibert; S. 3 oben: Hedman/Wikimedia,
unten: Lück; S. 4 links: Ev. Medienhaus, rechts:
Michael Rücker; S. 5: Martin Kraft/Wikimedia/
Lizenz CC BY-SA 3.0; S. 6 links: privat, rechts:
Foto-Kühnle, Welzheim; S. 7: sigueme.es; S. 8:
Wolf Nkole Helzle

Auflage: 10.000 Exemplare

Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von
Manuskripten, Diskussionsbeiträgen,
Informationen, Anregungen und LeserInnen-
briefen. Die Redaktion behält sich das Recht
an Kürzungen vor.

Umweltfreundlich gedruckt auf
80% Recycling-Papier.

Offene Kirche JK

Weitere Informationen über die Offene Kirche
und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden
Sie unter www.offene-kirche.de

Termine

Das nächste Treffen der Bezirksverantwortlichen findet am 23. Januar 2016 im Gemeindehaus der Erlöserkirche in Stuttgart, Birkenwaldstraße 24, statt.

UND SCHON ZUM VORMERKEN:

Die nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 16. April 2016, im Gemeindesaal der Paul-Gerhardt-Gemeinde in Stuttgart, statt. Barrierefrei zu erreichen in der Rosenbergstraße, Ecke Scheffelstraße.

Ich will die Offene Kirche unterstützen:

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu

Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE wenden:

Gabriele Schwarzinger
Telefon: 0 71 56-6 02 93 46
E-Mail: geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Nähere Informationen zu Publikationen und Ansprechpartner_innen auf

www.offene-kirche.de

Absender_in

NAME

STRASSE

PLZ/ORT

TELEFON/FAX

E-MAIL

GEBURTSTAG*

BERUF*

*Freiwillige Angabe